

Pressemitteilung

Rentenpaket II muss solidarische Alterssicherung in Berlin und Brandenburg stärken

06.03.2024 | frei ab sofort

Statt Steuermittel für Kapitalanleger – Verbesserung der solidarischen Altersrenten

„Der Berg kreite und gebar ein Muslein“ müsste es heißen, wenn Erwartungen und die jetzt vorgelegten Eckpunkte zum Rentenpaket II gegenübergestellt werden“, stellt die Vorsitzende des SoVD-Landesverbandes Berlin-Brandenburg Ursula Engelen-Kefer fest. „Die Haltelinie für das Rentenniveau bei den derzeitigen 48 Prozent des Durchschnittseinkommens bis zum Ende der 2030er Jahre ist eher ein Minimalprogramm. Zwar ist zu begrüßen, dass weitere Rentenkürzungen abgewendet und auch eine Erhöhung des Rentenalters ausgeschlossen werden sollen. „An dem bereits jetzt erkennbaren Anstieg der Niedrig- und Armutsrenten auch nach einem jahrzehntelangen harten Arbeitsleben wird sich nicht viel ändern“, stellt die SoVD-Landesvorsitzende fest. „Vielmehr muss das Rentenniveau wieder auf den Stand des Jahres 2000 mit 53 Prozent des Durchschnittseinkommens erhöht werden.“

Die von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) und Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) bekannt gegebenen Eckpunkte des Rentenpakets II sind für die etwa 1,65 Millionen Rentnerinnen und Rentner in Berlin und Brandenburg besonders enttäuschend. In beiden Bundesländern liegen die Renten für langjährig Versicherte trotz erheblich stärkerer Erwerbsbeteiligung von Frauen im Osten sowie Steigerungen in den letzten Jahren immer noch am unteren Ende im Bundesvergleich. „Wir sind als SoVD-Landesverband besonders darauf angewiesen, möglichst bald eine Verbesserung der Renten durchzusetzen und die steigende Altersarmut wirksam zu bekämpfen“, mahnt Engelen-Kefer.

Das vom Bundesfinanzminister vorgeschlagene Generationenkapital wird kaum dazu beitragen, die versprochene Entlastung der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung zu erbringen. „Wir können nur froh sein, dass sich Lindner nicht mit der Aktienrente à la FDP zu Lasten von zwei Prozent der Beiträge für unsere umlagefinanzierte Rente durchsetzen konnte“, so die Landesvorsitzende. „Dies wäre der Anfang vom Ende der solidarischen Sozialversicherung und damit eine weitere gefährliche Spaltung unserer Gesellschaft, die nur den Rechtsradikalen in die Hände spielt.“ Umgekehrt ist erforderlich, die soziale gesetzliche Alterssicherung zukunftsfest zu machen. Dazu sind Selbständige, Politiker und Beamte in eine Erwerbstätigenversicherung einzubeziehen, wie dies seit Jahren in Österreich mit erheblich höheren Rentenleistungen erfolgt.

Hintergrund:

SoVD Sozialverband Deutschland
Landesverband Berlin-Brandenburg e. V.

Der Sozialverband Deutschland (SoVD) ist eine starke Gemeinschaft mit rund 600.000 Mitgliedern im gesamten Bundesgebiet. Unabhängig von parteipolitischen und weltanschaulichen Interessen ist der SoVD generationsübergreifend für alle Menschen offen und setzt sich für die Rechte sozial benachteiligter Menschen ein.

SoVD Sozialverband Deutschland
Landesverband Berlin-Brandenburg e. V.
Kurfürstenstraße 131
10785 Berlin

Ansprechperson: Ursula Engelen-Kefer (Landesvorsitzende)
Tel. mobil: 0170 3351445
E-Mail: engelen-kefer@sovd-bbg.de
Website: www.sovd-bbg.de